Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

34. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Juli 1980	Nummer 45
---------------------	---	------------------

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
213	16. 6. 1980	Verordnung über die Laufbahn der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr	688
7113	24. 6. 1980	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 10 des Gesetzes über den Landenschluß	689

213

**Verordnung
über die Laufbahn der ehrenamtlichen
Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr
Vom 16. Juni 1980**

Auf Grund des § 38 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) vom 25. Februar 1975 (GV. NW. S. 182), geändert durch Gesetz vom 18. September 1979 (GV. NW. S. 552) wird verordnet:

§ 1

(1) Für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr dürfen nur Bewerber angenommen werden, die den Anforderungen des Dienstes voll gewachsen sind. Ein ärztliches Gutachten hierüber kann verlangt werden.

(2) Die Bewerber müssen mindestens 17 Jahre und sollten nicht älter als 35 Jahre sein. In Jugendgruppen von Freiwilligen Feuerwehren können Bewerber aufgenommen werden, wenn sie das 12. Lebensjahr vollendet haben. Bewerber, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bedürfen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

(3) Aktive Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr dürfen weder einer privaten Hilfsorganisation noch dem Technischen Hilfswerk als Helfer angehören.

(4) Außer dem Leiter der Berufsfeuerwehr dürfen Angehörige einer Berufsfeuerwehr und Werkfeuerwehr in der Freiwilligen Feuerwehr keine Führungsfunktionen innehaben und nicht in die Sollstärke der Freiwilligen Feuerwehr einbezogen werden.

§ 2

Durch die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr wird der Bewerber Feuerwehrmann-Anwärter. Das erste Dienstjahr ist ein Probejahr. Nach erfolgreichem Abschluß des Probejahres wird der Feuerwehrmann-Anwärter zum Feuerwehrmann ernannt. Die Dienstzeit in der Jugendfeuerwehr kann auf das Probejahr angerechnet werden.

§ 3

(1) Jedem Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr steht die Beförderung zu höheren Dienstgraden offen, wenn er nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung die Voraussetzungen hierfür erfüllt. Die Entscheidung trifft der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr, bei Beförderung zu Brandmeisterdienstgraden in kreisangehörigen Gemeinden im Benehmen mit dem Kreisbrandmeister und dem Träger des Feuerschutzes. Ein Rechtsanspruch auf Beförderung besteht nicht.

(2) Es können befördert werden:

1. ein Feuerwehrmann zum Oberfeuerwehrmann nach mindestens vierjähriger Dienstzeit einschließlich des Probejahres; die Beförderung ist abhängig von ausreichenden Leistungen in allen Zweigen des Feuerwehrdienstes,
2. ein Feuerwehrmann oder Oberfeuerwehrmann zum Unterbrandmeister. Die Beförderung setzt voraus, daß der Feuerwehrmann oder Oberfeuerwehrmann an einem Truppführerlehrgang teilgenommen und den Leistungsnachweis erbracht hat,
3. ein Unterbrandmeister zum Brandmeister nach mindestens zweijähriger Dienstzeit als Unterbrandmeister; die Beförderung setzt außerdem voraus, daß der Unterbrandmeister an einem Gruppenführerlehrgang der Landesfeuerwehrschule teilgenommen und den Leistungsnachweis erbracht hat,
4. ein Brandmeister zum Oberbrandmeister nach mindestens zweijähriger Dienstzeit als Brandmeister,
5. ein Oberbrandmeister zum Hauptbrandmeister nach mindestens einjähriger Dienstzeit als Oberbrandmeister; die Beförderung setzt außerdem voraus, daß der Oberbrandmeister an einem Zugführerlehrgang der Landesfeuerwehrschule teilgenommen und den Leistungsnachweis erbracht hat,

6. ein Hauptbrandmeister zum Stadt-/Gemeindebrandmeister, wenn er an der Landesfeuerwehrschule den Lehrgang „Führer von Führungsgruppen oder Verbänden“ bestanden und am Lehrgang für Wehrführer teilgenommen hat.

§ 4

(1) Der Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr scheidet aus dem aktiven Dienst aus

- a) mit der Vollendung des 60. Lebensjahres,
- b) wenn er aus gesundheitlichen Gründen den dienstlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist; § 1 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Mit dem Ausscheiden tritt er in die Alters- und Ehrenabteilung.

(2) Der Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr scheidet aus dieser aus

- a) durch Tod,
- b) durch Austrittserklärung,
- c) bei Verlust der Geschäftsfähigkeit,
- d) wenn eine der Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 nachträglich eintritt,
- e) durch Ausschluß.

§ 5

(1) Der Ausschluß muß ausgesprochen werden

- a) nach rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe über 1 Jahr, zu einer Maßregel der Besserung und Sicherung oder zu einer Nebenfolge nach § 45 des Strafgesetzbuches jedoch nur dann, wenn der Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr wegen der der Verurteilung zugrunde liegenden Handlung als zum Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr unwürdig oder ungeeignet erscheint,
- b) bei fortgesetzter Nachlässigkeit im Dienst,
- c) wenn der Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr aus einem anderen Grunde nicht mehr würdig erscheint, den Ehrendienst in der Freiwilligen Feuerwehr zu verrichten.

(2) Über den Ausschluß entscheidet der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr in kreisangehörigen Gemeinden im Benehmen mit dem Kreisbrandmeister und dem Träger des Feuerschutzes. Der Ausschluß kann mit den allgemeinen Rechtsbehelfen angefochten werden, die gegen die Zurücknahme der Bestellung zu einem Ehrenamt im gemeindlichen Dienst gegeben sind.

§ 6

(1) Die Laufbahn gliedert sich nach Dienstgrad, Dienststellung und Aufgaben wie folgt:

Dienstgrad	Dienststellung	Dienstgrad für Frauen
Feuerwehrmann-Anwärter	Truppmann	Feuerwehr-Assistentin-Anwärterin
Feuerwehrmann	Truppmann	Feuerwehr-Assistentin
Oberfeuerwehrmann	Truppmann	Feuerwehr-Oberassistentin
Unterbrandmeister(in)	Truppführer eines Trupps als nicht selbständige taktische Einheit	
Brandmeister(in)	stellvertretender Gruppenführer	
Oberbrandmeister(in)	Gruppenführer	
Hauptbrandmeister(in)	stellvertretender Zugführer	
	stellvertretender Wehrführer	

Dienstgrad	Dienststellung
Stadt-/Gemeindebrandmeister	Wehrführer
stellvertretender Kreisbrandmeister/ Kreisbrandmeister	Zur Unterstützung des OKD bei der Aufsicht über die Freiwilligen Feuerwehren und Pflichtfeuerwehren
stellvertretender Bezirksbrandmeister/ Bezirksbrandmeister	Zur Unterstützung des RP bei der Aufsicht über die Freiwilligen Feuerwehren und Pflichtfeuerwehren

(2) Leiter von Freiwilligen Feuerwehren (Wehrführer) führen die Bezeichnung „Gemeindebrandmeister“; in Städten die Bezeichnung „Stadtbrandmeister“.

(3) Zum Wehrführer oder stellvertretenden Wehrführer darf nur ernannt werden, wer den Lehrgang „Führer von Führungsgruppen oder Verbänden“ an der Landesfeuerweherschule bestanden und am Lehrgang für Wehrführer teilgenommen hat.

§ 7

(1) Zum Kreisbrandmeister oder stellvertretenden Kreisbrandmeister darf nur ernannt werden:

- a) ein Stadt-/Gemeindebrandmeister,
- b) ein Hauptbrandmeister, der an der Landesfeuerweherschule den Lehrgang „Führer von Führungsgruppen oder Verbänden“ bestanden und am Lehrgang für Wehrführer teilgenommen hat,
- c) ein Beamter des gehobenen oder höheren feuerwehrtechnischen Dienstes, der aus einer öffentlichen Feuerwehr ehrenvoll ausgeschieden ist, oder ein Angestellter einer öffentlichen Feuerwehr, der die nach § 8 vorgeschriebene, dem § 3 Abs. 2 Nr. 5 entsprechende Prüfung abgelegt hat,

wenn er nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten die Gewähr dafür bietet, daß er die Aufgaben des Kreisbrandmeisters voll erfüllt.

§ 9 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Zum stellvertretenden Bezirksbrandmeister kann nur ernannt werden, wer die Qualifikation zum Wehrführer hat.

(3) Zum Bezirksbrandmeister kann nur ernannt werden, der das Amt eines Kreisbrandmeisters oder stellvertretenden Bezirksbrandmeisters ausgeübt hat.

§ 8

Die hauptberuflichen Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr, die nach § 39 Abs. 2 FSHG weiterhin als Angestellte oder Arbeiter beschäftigt werden können, legen an Stelle der in § 3 Abs. 2 Nr. 3 und 5 vorgeschriebenen Prüfungen die entsprechende Prüfung nach den Vorschriften der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren (LVOFeu) in der jeweils gültigen Fassung ab.

Für die Zulassung zu den Prüfungen müssen Tätigkeitszeiten im feuerwehrtechnischen Dienst nachgewiesen sein, die den für die Zulassung zu der jeweiligen Prüfung nach der LVOFeu vorgeschriebenen Zeiten entsprechen.

§ 9

(1) Die beim Inkrafttreten dieser Verordnung im Amt befindlichen ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr sind von der Ablegung der für ihren Dienstgrad vorgeschriebenen Prüfung befreit, soweit nicht ihre Ernennung mit der Auflage verbunden war, die Prüfung nachträglich abzulegen.

(2) Von den Vorschriften über das Höchstalter für den Eintritt und das Ausscheiden der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr sowie über die Mindestdienstzeit für Beförderungen kann die Aufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.

§ 10

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1980 in Kraft; gleichzeitig wird die Verordnung über die Laufbahn der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Mai 1969 (GV. NW. S. 277) aufgehoben.

Düsseldorf, den 16. Juni 1980

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Schnoor

- GV. NW. 1980 S. 688.

7113

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 10 des Gesetzes über den Ladenschluß Vom 24. Juni 1980

Aufgrund des § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Ausführung des § 10 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. November 1975 (GV. NW. S. 664) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 werden die Wörter „zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 1974 (BGBl. I S. 1185)“ durch die Wörter „zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341)“ ersetzt.
2. In § 4 werden die Wörter „zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 348)“ durch die Wörter „zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Juni 1979 (GV. NW. S. 466)“ ersetzt.
3. Die Anlage zur Verordnung wird wie folgt geändert:

- a) In Teil A Satz 1 werden die Wörter „§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 9. Mai 1961 (GV. NW. S. 209), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Oktober 1975 (GV. NW. S. 562)“ durch die Wörter „§ 6 Feiertagsgesetz NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1977 (GV. NW. S. 98)“ ersetzt.

- b) In Teil A erhält Nr. 1. folgende Fassung:

1. Im Regierungsbezirk Arnsberg:

in der Stadt Attendorn die Stadtteile Attendorn-Stadt, Eichen, Ewig, Kraghammer, Neulisternohl und Wörmge

Stadt Bad Berleburg

in der Gemeinde Bad Sassendorf der Ortsteil Bad Sassendorf

in der Gemeinde Bestwig der Ortsteil Wasserfall einschließlich des Freizeitentrums „Fort Fun“

in der Stadt Bochum das nördliche Ufergelände des Kemnader Sees, vom Kemnader Wehr bis zum Ende des Bootshafens Heveney, begrenzt durch die Hevener Straße

in der Stadt Dortmund das Gelände des Westfalenparks, des Revierparks Wischlingen und der Stadtteil Syburg

in der Stadt Drolshagen die Stadtteile Herpel und Kalberschnacke

in der Stadt Erwitte der Stadtteil Bad Westerkotten

in der Gemeinde Eslohe der Ortsteil Eslohe

in der Stadt Freudenberg die Stadtteile Freudenberg, Büschergrund, Hohenhain, Mausbach und Plittershagen, einschließlich Kurgebietszone

in der Stadt Hagen die Stadtteile Bathey und Hengstey und das Gelände des Freilichtmuseums Mäckingerbachtal

- in der Stadt Hattingen der Stadtteil Blankenstein
 in der Stadt Hilchenbach die Stadtteile Stadtkern Hilchenbach und Müsen
 in der Stadt Iserlohn der Stadtteil Letmathe-Untergrüne
 in der Stadt Laasphe die Stadtteile Stadtkern Laasphe, Feudingen und Hesselbach
 in der Stadt Lennestadt die Stadtteile Bilstein und Saalhausen
 in der Stadt Lippstadt der Stadtteil Bad Waldliesborn
 in der Stadt Marsberg der Stadtteil Helminghausen
 in der Stadt Meinerzhagen die Stadtteile Berlinghausen, Hunswinkel und Windebruch
 in der Stadt Meschede das Gebiet der Sperrmauer der Hennetalsperre bis zu einem Abstand von 500 m von der Sperrmauer, sowie die Stadtteile Berghausen, Enkhausen und Mielinghausen
 in der Gemeinde Möhnesee die Ortsteile Delecke, Günne, Körbecke, Stockum, Völlinghausen und Wamel
 in der Stadt Olpe die Stadtteile Stadtkern Olpe, Ronnewinkel, Rosenthal, Eichhagen, Hitzendumicke, Kessenhammer, Rhode, Sondern und Stade
 in der Stadt Olsberg die Ortsteile Bigge und Olsberg
 in der Stadt Schmallenberg die Ortsteile Schmallenberg, Fredeburg, Bödefeld, Grafschaft, Oberkirchen, Westfeld, Nordenau und Fleckenberg
 in der Gemeinde Selm der Ortsteil Cappenberg
 in der Stadt Sundern die Stadtteile Amecke und Langscheid
 in der Stadt Warstein das Fremdenverkehrsgebiet Wildpark und Tropfsteinhöhle sowie der Haus Dassel Park im Stadtteil Allagen
 in der Stadt Witten der durch die nachstehenden Grenzen beschriebene Teil des Stadtgebietes, wobei die Straßen beidseitig zu diesem Gebiet gehören: Wittener Straße, Meesmannstraße, Vormholzer Straße, Wittener Straße, Brückenkamp, Am Spliethof, Dorfstraße, Universitätsstraße, Querenburger Straße, Stadtgrenze zwischen Querenburger Straße und Wittener Straße
- c) In Teil A Nr. 2. werden die Wörter „der Stadtteil Salzuflen“ durch die Wörter „die Stadtteile Salzuflen und Schötmar“ ersetzt und nach den Wörtern „Schloß Corvey“ die Wörter „in der Gemeinde Kalletal das Weserfreizeitzentrum“ eingefügt.
- d) In Teil A erhalten Nrn. 4. und 5. folgende Fassung:
4. Im Regierungsbezirk Köln:
- Stadt Bad Honnef
 Stadt Bad Münstereifel
 in der Stadt Bergisch Gladbach der Ortsteil Herenstrunden
 in der Gemeinde Blankenheim der Ortsteil Blankenheim (Ahr)
 in der Stadt Bonn im Stadtteil Mehlem die Austraße einschließlich der linksrheinischen Anlegestelle der Mehlemer Fähre
 in der Stadt Brühl das Gebiet des Schlosses Augustsburg und des Schloßparkgeländes, des Märchenwaldes „Phantasialand“ und des Erholungsparks Ville
 in der Gemeinde Dahlem der Ortsteil Kronenburg
 in der Stadt Gummersbach die Stadtteile Bredenbruch, Deitenbach und Lantenbach
 in der Stadt Heimbach die Stadtteile Heimbach und Hasenfeld
 in der Gemeinde Kall den Klosterbereich in Kall-Steinfeld
 Stadt Königswinter
 in der Gemeinde Kreuzau die Ortschaft Obermaubach
- Gemeinde Kürten
 in der Stadt Leichlingen die Ortsteile Diepental und Witzhelden
 in der Gemeinde Marienheide die Ortsteile Eberg, Lambach, Linge, Stühlinghausen, Wernscheid, Marienheide und Gimborn
 in der Stadt Monschau der Stadtteil Monschau
 in der Gemeinde Nettersheim der Ortsteil Nettersheim
 in der Stadt Nideggen die Stadtteile Nideggen und Schmidt
 in der Gemeinde Nümbrecht der Ortsteil Nümbrecht
 in der Gemeinde Odenthal der Ortsteil Altenberg
 Gemeinde Overath
 in der Gemeinde Rösrath die Ortsteile Rösrath und Kleineichen
 in der Stadt Schleiden die Stadtteile Schleiden und Gemünd
 in der Gemeinde Simmerath die Ortsteile Dedenborn, Rurberg, Woffelsbach, Hammer, Einruhr und Erkenruhr
 in der Stadt Wermelskirchen die Ortsteile Daringhausen und Dhünn
5. Im Regierungsbezirk Münster:
- in der Stadt Gelsenkirchen, Stadtteil Gelsenkirchen-Buer, am „Löwenpark Graf Westerholt“ vom Ausgang des Parks 100 m entlang der Privatstraße in einer Tiefe von 50 m
 Stadt Haltern
 in der Stadt Waltrop die Straße zum Neuen Hebewerk
 Stadt Tecklenburg mit Ausnahme der Stadtteile Brochterbeck, Ledde und Leeden
- e) In Teil B Satz 1 werden die Wörter „§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage“ durch die Wörter „§ 6 Feiertagsgesetz NW“ ersetzt.
- f) In Teil B werden nach den Wörtern „Im Regierungsbezirk Arnsberg:“ die Wörter „in der Stadt Hallenberg die Ortsteile Hallenberg und Liesen“ eingefügt und nach dem Wort „Brauersdorf“ die Wörter „Deuz, Hainchen“ angefügt.
- g) Teil C erhält folgende Fassung:
- C Kur-, Ausflugs- und Erholungsorte, in denen, beginnend mit dem 25. Dezember, an 17 aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der stillen Feiertage (§ 6 Feiertagsgesetz NW) ein Geschäftsverkehr zugelassen ist (§ 1 Abs. 1 der Verordnung):
1. Im Regierungsbezirk Arnsberg:
 in der Stadt Bad Berleburg die Ortschaften Bad Berleburg, Girkhausen und Wunderthausen
 in der Stadt Meinerzhagen die Stadtteile Stadtkern Meinerzhagen und Valbert
 in der Stadt Schmallenberg die Ortsteile Schmallenberg, Fredeburg, Bödefeld, Grafschaft, Oberkirchen, Westfeld, Nordenau und Fleckenberg
 in der Stadt Winterberg die Stadtteile Hoheleye, Langwiese und Mollseifen
2. Im Regierungsbezirk Köln:
 in der Gemeinde Hellenthal die Ortsteile Hollerath und Udenbreth
 in der Stadt Monschau der Stadtteil Rohren
- h) In Teil E Nrn. 3., 4. und 5. werden jeweils die Wörter „§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage“ durch die Wörter „§ 6 Feiertagsgesetz NW“ ersetzt.
- i) In Teil G Satz 1 werden die Wörter „§ 7 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage“ durch die Wörter „§ 6 Feiertagsgesetz NW“ ersetzt.

Artikel II

- Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 24. Juni 1980

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Friedhelm Farthmann

– GV. NW. 1980 S. 689.

Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 34,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 68,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X